

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher-Gesellschaft: 25 241  
Star für Nachdruck: 20 011.

**Lebeck's** Dreieck-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.  
Firma geg. 1838. • 16 mal prämiert.

Schriftleitung und Hauptredaktion:  
Merkelstraße 35/40.  
Verlag von Ulrich & Reichardt in Dresden.  
Polizei-Nr. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Auslieferung in Dresden oder durch die Post monatlich 4 2.00. Einzelnummer 12.00. Sonntagsausgabe 12.00. Anzeigen-Preise. Die Spalten 32 mm breite Zeile 4 25.00. Überhalb 40.00. Familienanzeigen und Stellenangebote unter Vorzugspreis laut Tarif. Zusätzliche Beiträge gegen Vorausbezahlung. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unentgeltliche Schutzbriefe werden nicht ausbewahrt.

**Café Hülfert**  
Konditorei  
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

**Ernst Lange**  
Koffer- u. Taschenfabrik  
König-Johann-Str. Pinnacher-Platz

**Hochdruckrohrleitungen**  
Eiserne Transportgefäße aller Art  
F. Hermann Beeg, Dresden-A., Falkenstraße 26  
Fernsprecher: 19331, 29461 und 29357

## Eine Stabilisierungskommission für die Mark

**Pierpont Morgan als Vorsitzender.**  
Paris, 18. Okt. Die „Chicago Tribune“ behauptet zu wissen, daß Pierpont Morgan aufgefordert worden sei, als amerikanisches Mitglied in die geplante neue Kommission zur Stabilisierung der deutschen Mark einzutreten. Die neue Kommission sei das Kernstück des Bradburyschen Projekts. In englischen Kreisen der Reparationskommission habe man bereits gestern berichtet, daß Morgan vertraulich zugesichert habe, der Aufforderung nachzukommen, wenn es von allen beteiligten Mächten in freundschaftlichem Einvernehmen gewünscht werde. Bradbury beabsichtigt, wie das Blatt hinzufügt, die Mark auf etwa 750 für einen Dollar zu stabilisieren, während er noch vor einigen Wochen sich mit der Absicht getragen hat, die Stabilisierung auf 500 vorzunehmen. Ein weiterer Anstoß wird möglicherweise zwingen, für die Stabilisierung 1000 Mk. auf einen Dollar festzusetzen. (S. T. B.)

**Gegen die deutsche Mark in Frankreich.**  
Paris, 18. Oktober. Der Deputierte Godard hat der Kammer einen Gesetzesvorschlag überreicht, der in Frankreich jeden Ankauf von deutscher Mark verbieten soll. Nur für direkte Handelsgeschäfte soll eine Ausnahme gemacht werden. In der Begründung sagt Godard, daß es viele Spekulantent in Frankreich gebe, die deutsche Mark kaufen, und daß diese Leute in einem gewissen Maße zu dem finanziellen Zusammenbruch Deutschlands beigetragen hätten. Er wolle durch seinen Antrag die Franzosen vor Verlusten schützen und zugleich Deutschland den Vorwand nehmen, einen Ankauf oder eine Herabsetzung seiner Zahlungen zu verlangen.

**Die Goldschahenweisungen.**  
Berlin, 18. Oktober. Heute fand eine letzte Beratung der Reichsregierung mit den Sachverständigen über die Frage der ausstehenden Goldschahenweisungen statt. Die kleinste Goldschahenweisung dürfte dem Wert von 25 Dollar entsprechen, die nächsten Anweisungen werden wahrscheinlich einen solchen von 50, 75 Dollar usw. betragen. Der Höchstbetrag liegt noch nicht fest. Die Ausgabe der Schahenweisungen soll möglichst nach Abschluß der notwendigen Vorbereitungen erfolgen. Da diese aber sehr umfangreich sind, dürften die Schahenweisungen nicht vor Mitte November in den Verkehr kommen.

**Sozialdemokratie und Reichsbankgold.**  
Berlin, 17. Okt. Uebereinstimmend mit den Forderungen der Gewerkschaften verlangen jetzt auch die Sozialdemokraten, daß der größte Teil des Reichsbankgoldes zur Stabilisierung der deutschen Währung benutzt wird. Sie verlangen, daß die Reichsbank dieses Gold nicht tot liegen läßt, sondern Devisen dafür kauft. Die Reichsbank hat diese Forderung, wie wir hören, bereits abschlägig beschieden und auf ihre autonome Stellung hingewiesen. Infolgedessen fordern die Sozialdemokraten, daß die Autonomie der Reichsbank wieder aufgehoben und die Reichsbank der Kontrolle des Reichstages unterstellt wird. Des weiteren geht eine Forderung der Sozialdemokraten dahin, daß die Reichsbank den Ankaufspreis für Gold entsprechend dem tatsächlichen Wert in die Höhe setze. Von diesen Forderungen ist nur die letzte diskutabel.

## Die Steuerungsdenkschrift der bayerischen Regierung.

**Schärfste Maßnahmen gegen den Inflation.**  
München, 18. Oktober. Die bayerische Staatsregierung hat an die Reichsregierung eine Denkschrift gerichtet, in der sie sich zunächst mit den in Bayern ganz besonders verhängnisvoll sich geltend machenden Auswirkungen der Teuerungskatastrophe beschäftigt. Die Denkschrift betont, daß an dem Wort des Reichsanstalters: „Ertz Brot, dann Reparationen!“ unter allen Umständen festgehalten werden müsse. Ebenso müßte nicht die Wirtschaft, sondern der Staat herrschen. — Als Maßnahmen zur Verhütung weiterer Verschlechterung der Mark und zur Besserung ihres Wertes bringt die bayerische Regierung in Vorschlag:  
1. Sicherung der Ruhe und Ordnung im Inland;  
2. Strengste Sparmaßnahme im Reichshaushalt durch Vereinfachung der Verwaltung, Einschränkung des Ausgabenfreies des Reiches auf das unbedingt Notwendige, Unterlassung aller nicht unbedingt nötigen Reueinrichtungen und Befestigung der Defizitwirtschaft der öffentlichen Betriebe;  
3. Möglichste Verhinderung der Ausfuhr lebenswichtiger Waren, deren Bedarf im Inlande nicht voll gedeckt ist;  
4. Ordnung der inländischen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugung und ihre Einstellung auf das Inlandbedürfnis. Veredelung der Arbeitsstunden unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung desselben;  
5. Einschränkung des inländischen Bedarfs auf das Inlandbedürfnis;  
6. Verringerung der Einfuhr von Luxuswaren;  
7. Möglichste Dezentralisierung der Ausfuhr zur Deckung der unentbehrlichen Einfuhr;  
8. Verbot der Fakturierung und Zahlung in Auslandswährung für den gesamten Inlandsverkehr.  
Außerdem schlägt die bayerische Regierung als prophylaktische Maßnahmen gegen die Auswüchse der Geldsucht und gegen das räuberische Streben nach eigener Sicherstellung vor:  
1. Strenge Ueberwachung der Verbände und Sondereinrichtungen in Industrie und Handel, insbesondere ihrer Preisfestsetzung im Wege einer hohen Strafen vorsehenden Notverordnung;  
2. Preisüberwachung auch im übrigen Verkehr;  
3. Schärfste Bekämpfung des Wuchers mit Justizhaus, Arbeitshaus, Arbeitshaus, Vermeidung von Konfiskation und Schließung des Betriebes als Strafmaßnahme;  
4. Verringerung und Säuberung des Zwischenhandels.  
Die Denkschrift betont schließlich, daß alle diese Vorschläge nur eine Bänderung des Übels sind, aber keine Heilung bringen können, und fährt fort: Die Grundursache des Übels liegt in unseren Reparationsverpflichtungen und in dem Mißverhältnis zwischen inländischem Verbrauch und inländischer Produktion, wodurch die Passivität unserer Zahlungsbilanz bedingt wird. Unter diesen Umständen ist der Vorschlag einer faktischen Restriktion der Einfuhr zu zentralisieren und alle inländischen Preise, Gehälter und Löhne auf ihre normale Höhe, allenfalls unter Beziehung auf die Friedenspreise und Friedenslöhne herabzusetzen. Auf solche Weise könnte der Einfluß des ausländischen Wertes der Mark auf ihren Inlandswert abgeriegt werden, ohne daß die Volkswirtschaft im ganzen dadurch Schaden käme. (S. T. B.)

## Die wankende Herrschaft der Papiermark.

Es ist natürlich kein zufälliges Zusammentreffen, daß gegenwärtig sowohl in Berlin als auch in Paris auf Mittel gefolgt sind, um die Schwundlust der wertlosen deutschen Mark zu kurieren und das Geld in neuen währungspolitischen Wegen zu finden. Während aber von dem englischen Mitglied der Reparationskommission Bradbury in seinem letzten Plane die Schaffung eines völlig neuen, auf der Goldreserve der Reichsbank basierten Währungszeichens als Zahlungsmittel gefordert wird, um die gegenwärtige Papiermark völlig zu entthronen, ist die Reichsregierung, die natürlich mit ihren geringen Mitteln von sich aus ohne auswärtige Hilfe kaum eine so radikale Währungsreform durchführen kann, auf den Plan der Goldschahenweisungen gekommen, die die Papiermark in ihrer Eigenschaft als Zahlungsmittel nicht beeinträchtigen, sondern neben ihr lediglich als wertbeständige Anlagepapiere gelten sollen. Immerhin bedeutet aber auch der Wechsel der Reichsregierung das Eingeständnis, daß mit der Papiermark allein die deutsche Wirtschaft nicht mehr in Gang gehalten werden kann. Mit den verhängnisvollen Auswirkungen der ungeliebten Erfüllungspolitik auf unsere Saluta legte die bedauerliche Nacht vor der Mark ein, die bei immer größerem Ausmaß die verschiedensten Formen annahm. Sie führte zuerst zu der wilden Börsenspekulation in der Schaffung von Wertbeständigem, die ihren Ausbruch in den „wegen Ueberfüllung geschlossenen“ Geschäften, in dem wahllosen Verkauf von Luxusgegenständen und Plebswaren, wie auch in zunehmender Schlemmerei fand. Ein gegenüber der volkswirtschaftlichen Einschränkungspflicht verhältnismäßig großer Ueberkonsum, ein zu starkes Arbeiten der Industrie für den Inlandsbedarf und ihre Beschränkung der Ausfuhrfähigkeit waren die Folgen. Die nachlassende Kaufkraft der großen Masse der Bevölkerung setzte dem Kauftrieb jedoch immer ziemlich rasch ein Ende. Zudem kamen die Sachwerte für den großen Deckungsbedarf des Handels und der Industrie gegenüber den Schäden der Markentwertung nicht in Frage. Wenn ein deutsches Wert eine größere Lieferung nach dem Auslande — natürlich in ausländischer Währung — abschließen wollte, so mußte es für die in der mehrmonatigen Lieferzeit zu erwartende Markentwertung ein Sicherungsmittel haben, wozu es sich wertbeständige Auslandsbörsen kaufte. Diese Praxis mußte in dem Maße um sich greifen, in dem die heimische Währung den Charakter eines Wertbewahrungsmittels verlor. Devisen wurden als Deckungsmittel auch bei Unternehmungen verwendet, die mit Auslandsgeschäften nichts mehr zu tun hatten. Wer ein Haus bauen wollte, kaufte sich für die dazu bereitgestellte Summe Devisen, um nicht bei der Fertigstellung das Preisrisiko der Anschlagsumme aufwenden zu müssen, und auch kleine Kapitalbesitzer legten ihr Geld in Devisen an, um gegen die Entwertung ihres Geldes, die allein in diesem Jahre bis zu einer 50-prozentigen Konfiskation geführt hat, gesichert zu sein.  
Der zum Schaden der deutschen Saluta maßlos gesteigerte Devisenbedarf in Deutschland war die letzte Phase der Wankung vor der Mark, der die deutsche Regierung durch die Devisennotverordnung ein Ziel setzen wollte und, wenn die Vorarbeiten wirksam durchgeführt werden können, was bei dem Fehlen eines Kontrollapparats noch sehr zweifelhaft ist, auch geleistet hat. Jeder Kalkulationsmöglichkeit der deutschen Wirtschaftsbetriebe, jeder Möglichkeit einer wertbeständigen Anlage ist jedoch mit dem Verbot von Devisenverträgen der Boden entzogen worden. Sollte man darum verhindern, daß die Einfuhrleistung der Markentwertung in alle Preise sich zu einer maßlosen Preissteigerung und Verteuerung auswirkt, so war es eine unbedingte Notwendigkeit, für die unerlässlichen Vorforgemaßnahmen der Industrie und des Handels sofort einen Ersatz zu schaffen, denn schon in diesen Tagen hatte die Devisennotverordnung zu einem neuen Anlauf die Währungswerte geführt. Diesen Ersatz erblickt die Reichsregierung in der Schaffung von wertbeständigen Goldschahenweisungen, die schon in aller nächster Zeit zur Ausgabe gelangen sollen. Der Plan ist nicht neu, und man geht wohl nicht fehl, wenn man ihn — zum mindesten seine praktische Ausgestaltung — auf den Reichswirtschaftsminister Schmidt zurückführt, der, wie die Vorschläge zur „Erfassung der Sachwerte“ zeigen, ein Freund klüger, wenn auch nicht immer glücklicher Pläne ist. Er hatte schon im September im Reichswirtschaftsrat Änderungen über ein derartiges Projekt gemacht, war aber dabei auf harnäckigen Widerstand beim Finanzminister und beim Reichsbankpräsidenten gestoßen. Es und inwiefern diese Bedenken heute behoben sind, läßt sich jedoch nicht erkennen.  
Von den beiden Möglichkeiten einer langfristigen Goldanleihe oder kurzfristigen Goldschahenweisungen hat die Reichsregierung, nach den bisherigen recht lückenhaften Be-

## Die Einigung der Parteien über die Reichspräsidentenwahl.

**Verlängerung der Amtsperiode Eberls bis 30. Juni 1925.**  
Berlin, 18. Oktober. Wie wir erfahren, haben in der Frage der Wahl des Reichspräsidenten die Reichsfraktionen der Regierungsparteien mit Zustimmung der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei beschlossen, im Reichstag einen gemeinschaftlichen Antrag einzubringen, durch den der Artikel 186 der Verfassung dahin abändert werden soll, daß der von der Nationalversammlung gewählte Reichspräsident sein Amt bis zum 30. Juni 1925 weiterführt. Der Antrag ist heute abend, unterzeichnet von den Fraktionsvorstehenden der genannten Parteien, dem Reichstag zuzugewandt.

## Eine neue Steuerungsaktion für Beamte und Staatsarbeiter.

Berlin, 18. Oktober. Der Gesetzentwurf betreffend Änderung der Beamtenbesoldung ist dem Reichstag zugegangen. Die Grundgebaltssätze betragen in Gruppe I 8700 bis 11 500, in Gruppe II 8700 bis 55 000 Mk. monatlich. Die in die Gruppen nicht einbezogenen Einzelgehälter beginnen mit 50 000 und reichen bis zur Oberstabsgruppe auf 140 000 Mk. Die Ortszuschläge werden in

der Klasse A auf 2100 Mk. in der ersten Gehaltsgruppe festgesetzt. Sie steigen für jede weitere Gehaltsgruppe um 600 bis 6000 Mk.  
Einzelne Gewerkschaften haben dem Reichsministerium die Bitte unterbreitet, möglichst umachend über eine neue Steuerungsaktion für die Beamten und Staatsarbeiter Verhandlungen anzunehmen und begründeten den Wunsch damit, daß bereits die Oktoberrechnung keinen Ausgleich zwischen dem Anwachsen der Steuerungsaktion und den Regierungsausgaben gebracht habe. Gegenüber diesen Wünschen der Gewerkschaften erklärt das Reichsfinanzministerium jetzt jedoch, daß eine neue Steuerungsaktion vor der Fertigstellung des Gesetzesentwurfes durch den Reichstag nicht möglich sei. Immerhin rechnet man mit der Tatsache, daß nach vor Ablauf des Oktober neue Besprechungen über weitere Steuerungsmaßnahmen stattfinden werden.

**Ein neues Mitglied des Reichswirtschaftsrats.**  
Dr. Brandt, erstes reichsständiges Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelsbundes, ist in den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat berufen worden.

**Dollar (Amtlich): 2900**  
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 2975